



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

54. Sitzung (öffentlich)

17. November 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:50 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung erörtert der Ausschuss den Ersatz schriftlicher Ausschussprotokolle durch Tondateien.	1
1 Biotechnologisches Innovationsland Nordrhein-Westfalen Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 13/5659	4
<u>Und</u>	
2 Forschungs- und Wirtschaftsstandort Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/6026	

Nach verfahrensleitenden Hinweisen des Ausschussvorsitzenden Dr. Helmut Linssen und entsprechenden Anregungen aus dem

Ausschuss verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratungen der Tagesordnungspunkte 1 und 2 auf die Ausschusssitzung im Januar zu schieben.

3 Mehr Wettbewerb bei Strom und Gas 5

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5951

Nach kurzer Aussprache verständigt sich der Ausschuss darauf, den Antrag in seiner Sitzung am 8. Dezember abschließend zu behandeln.

4 Schluss mit dem Ladenschluss - Mehr Flexibilität für Wirtschaft und Verbraucher 7

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6019

In Verbindung damit

Verbraucher und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht länger benachteiligen: für eine Freigabe des Ladenschlusses an Werktagen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6031

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, die beiden Anträge zu schieben.

5 Exportland Nordrhein-Westfalen - Mit Unternehmen und Beschäftigten Chancen der Globalisierung nutzen! 8

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6036

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 13/6036, wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

6 Optimale Schulwahl und Qualitätsauswahl im Wettbewerb - Für eine freie Wahl des Berufskollegs 12

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5334

Der Ausschuss stimmt ohne weitere Aussprache über den Antrag ab: Der Antrag der Fraktionen der FDP, Drucksache 13/5334, wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

7 Junge Spätaussiedler integrieren - nicht stigmatisieren 13

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5465

In Verbindung damit

Berufliche Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in NRW voranbringen

Antrag
der Fraktion der der CDU
Drucksache 13/5550

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/5465, wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/5550, wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktion gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

8 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes (ZustVO - ArbTG - SGV.NW. 281) 14

Vorlage 13/3045

Der Wirtschaftsausschuss erhebt gegen den mit Vorlage 13045 vorgelegten Verordnungsentwurf mit Stimmenmehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung durch CDU und FDP keine Einwendungen.

- 9 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptions-Gesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)** 14

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4692
Vorlage 13/2528
Zuschriften 13/3621, 13/3644 und 13/3878

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückzugeben.

- 10 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen** 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5987

Vorlage 13/3054
Zuschriften 13/4349, 13/4352, 13/4359, 13/4365 und 13/4388

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/5987 ohne Votum weiterzuleiten.

- 11 Landeswassergesetz NRW sofort vorlegen: EU-Wasserrahmenrichtlinie ohne unnötige Bürokratie 1:1 umsetzen** 17

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6032

Der Ausschuss verständigt sich nach verfahrensleitenden Hinweisen des Ausschussvorsitzenden darauf, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

12 Berufliche Bildung in Nordrhein-Westfalen stärken - Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten ermöglichen

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/6037

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, die Behandlung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung am 8. Dezember 2004 zu schieben.

13 Verschiedenes

18

a) Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW

Dieser Sachverhalt, informiert **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**, beziehe sich wohl eher auf den Antrag der Koalitionsfraktionen. Da nicht beide Anträge an den hiesigen Ausschuss überwiesen worden seien, könne der Ausschuss lediglich zum Antrag der CDU-Fraktion beraten.

Dr. Gerhard Papke (FDP) schlägt vor, die Auseinandersetzung mit dem Thema "Korruption" als einem von mehreren Themen im Sachzusammenhang ohne Diskussion an den federführenden Ausschuss weiterzugeben. Eine Bewertung lediglich einer Komponente mache nämlich fachlich keinen Sinn.

Der Ausschuss könne sich, bemerkt **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** bei der Gelegenheit, um jeden ins Parlament eingebrachten Antrag kümmern und diesen in seine Beratung auch ohne entsprechende Überweisung einbeziehen.

Der **Ausschuss** verständigt sich einvernehmlich darauf, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückzugeben.

10 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5987

Vorlage 13/3054
Zuschriften 13/4349, 13/4352, 13/4359, 13/4365 und 13/4388

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen teilt mit, auch das Thema dieses Tagesordnungspunktes sei nicht originär in den hiesigen Ausschuss überwiesen worden. Allerdings habe der Ältestenrat es für gut befunden, wenn sich sowohl der Haushalts- und Finanzausschuss wie auch der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie mit dem Thema auseinandersetzen. Immerhin kämen in dem Gesetz auch Familienstiftungen zur Sprache, hinter denen Wirtschaftsunternehmen firmierten.

Christian Weisbrich (CDU) sieht es im Interesse des Ausschusses, möglichst viele Familienstiftungen in NRW zu haben. Solche Stiftungen sollten nicht in andere Länder abwandern, in denen das Stiftungsrecht liberaler und im Sinne der Stifter "freundlicher" ausgestaltet sei. Eine Befristung auf fünf Jahre sei allerdings deshalb hinderlich, weil es um langfristige Vermögensanlagen und die langfristige Vermögenssicherung gehe.

Präzisiert werden müsse im Gesetzentwurf, ob es originär um Familienstiftungen gehe. Wann laufe die Betätigung einer solchen Stiftung öffentlichen Interessen zuwider? Gleiches gelte für die Regelungen zur Schadenersatzpflicht. Auch wenn die hauptsächliche Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss stattfinde, müsse der hiesige Ausschuss Wert darauf legen, dass dem Gedanken der Familienstiftung und der Grün-

derung/dem Erhalt einer solchen Stiftung in Nordrhein-Westfalen ein besonderes Augenmerk gewidmet werde.

Ihm sei bekannt, so **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**, dass Familienstiftungen überwiegend in Schleswig-Holstein gegründet würden, weil dort das einschlägige Gesetz so liberal sei. Der Ausschuss solle sich aufgrund der finanz- und wirtschaftspolitischen Dimensionen intensiver mit der Materie befassen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) weist auf eine Anhörung zum Sachthema hin, die am 2. Dezember 2004 stattfinden werde. Eine Befristung auf fünf Jahre mache im diskutierten Zusammenhang in der Tat keinen Sinn. In der bereits erwähnten Anhörung werde das Thema eingehend erörtert werden. Die Ergebnisse der Anhörung sollten abgewartet werden.

Ministerialrat Bongard (Innenministerium) zeigt sich verwundert darüber, dass es noch eine Anhörung zum Thema geben solle. Der Innenausschuss habe nämlich die Verbände, die bereits bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes intensiv beteiligt worden seien, erneut mit der Bitte um eine schriftliche Äußerung angeschrieben. Insgesamt habe das Gesetz die Reduzierung der Stiftungsaufsicht als Ziel. Gegenstand des Gesetzes sei nicht die Entstehung von Stiftungen, da es sich dabei um eine Angelegenheit in der Kompetenz des Bundesgesetzgebers handele. Das Land habe insofern keine Handhabe, um die Gründung von Stiftungen zu erleichtern. Die Stiftungsaufsicht solle auf ein absolutes Minimum reduziert werde. Konkrete Aussagen zu Familienstiftungen würden im Gesetzentwurf nicht gemacht. Gegenstand seien rechtsfähige, privatrechtliche Stiftungen. Bei Stiftungen, die nicht gemeinnützig seien, werde die Aufsicht sehr reduziert fortgesetzt. Die nichtgemeinnützigen Stiftungen seien quasi außen vor, wenngleich diese nicht ganz unumstritten seien.

Das Gesetz gehe in die richtige Richtung, äußert **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**. Bei der Anhörung werde sicherlich ausreichend Gelegenheit zur Diskussion bestehen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) plädiert dafür, das Thema ohne Votum weiterzuleiten, zumal nicht sicher sei, ob die Anhörung tatsächlich stattfinde.

Nach ihm vorliegenden Informationen, teilt **Dr. Gerhard Papke (FDP)** mit, habe der Innenausschuss den Antrag seiner Fraktion abgelehnt, eine Anhörung durchzuführen. Vielmehr sollten erneut schriftliche Voten von Experten in die Beratung einbezogen werden. Im Übrigen gehe es um Fragen der Rechtsaufsicht. Breites Einvernehmen herrsche wohl darin, dass die Grundtendenz des Antrags seiner Fraktion in Ordnung sei, wenngleich es noch fachlich unterschiedliche Vorstellungen gebe. Da das Gesetz bereits zum 1. Januar 2005 in Kraft treten solle, mache es keinen Sinn, die letzte Ausschusssitzung in diesem Jahr mit diesem Thema zeitlich zu belasten, zumal fachlich

keine Detailbeiträge mehr geleistet werden könnten. Er schließe sich dem Vorschlag an, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen resümiert, das Anliegen des hiesigen Ausschusses sei im Rahmen der Diskussion deutlich geworden. Wer sich mit dem Thema darüber hinausgehend auseinandersetzen wolle, solle sich mit den Kolleginnen/Kollegen aus den anderen Ausschüssen ins Benehmen setzen. Der Antrag werde ohne Votum weitergeleitet. - Der **Ausschuss** stimmt dem zu.

11 Landeswassergesetz NRW sofort vorlegen: EU-Wasserrahmenrichtlinie ohne unnötige Bürokratie 1:1 umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6032

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen möchte von der CDU-Fraktion wissen, wie diese mit ihrem Antrag weiter umzugehen gedenke.

Christian Weisbrich (CDU) hält namens seiner Fraktion das eingestielte Verfahren für ausgesprochen unbefriedigend und sogar unzumutbar. Bis heute liege der Text des Gesetzentwurfes noch nicht vor. Man sehe sich völlig außerstande, das Verfahren in dem skizzierten Zeitrahmen durchzuführen. Wegen der erheblichen Auswirkungen des Gesetzes sei eine ordentliche Beratung angesagt.

Der Antrag der CDU-Fraktion habe sich de facto erledigt, stellt **Reiner Priggen (GRÜNE)** fest, weil ein entsprechendes Gesetz aufgelegt werde.

In der Tat sei der Antrag seiner Fraktion durch die Vorlage eines Gesetzes erledigt, bestätigt **Christian Weisbrich (CDU)**. Über inhaltliche Aspekte gelte es dennoch zu diskutieren.

Der **Ausschuss** verständigt sich nach verfahrensleitenden Hinweisen des **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** darauf, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

12 Berufliche Bildung in Nordrhein-Westfalen stärken - Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten ermöglichen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6037